



## Sprachpolitische Forderungen der deutschen Minderheit 2019 - 2022

Vom BDN Hauptvorstand am 2. September angenommen

*Die deutsche Sprache ist das wichtigste Erkennungsmerkmal der deutschen Nordschleswiger. Sie ist nicht nur das wichtigste Werkzeug der Kommunikation, sondern verbindet und zeigt Zugehörigkeit. Die Förderung und Pflege der deutschen Sprache gehört zu den wichtigsten Aufgaben der deutschen Volksgruppe.*

*Dies gilt nicht nur in den eigenen Einrichtungen und Vereinen, sondern auch im öffentlichen Raum umso auch die Wahrnehmung der deutschen Minderheit zu verbessern. Hinzu kommt der Wunsch, dass Deutsch weiterhin einen hohen Stellenwert in Dänemark hat. Dies ist wichtig für kulturellen Austausch, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und nicht zuletzt die wirtschaftlichen Beziehungen.*

*Die Delegiertenversammlung des Bundes Deutscher Nordschleswiger verabschiedete im Mai 2010 eine „Sprachpolitische Zielsetzung“. Am 16. Februar 2015 beschloss der BDN Hauptvorstand einstimmig die „Sprachpolitische Forderungen der deutschen Minderheit, Strategie 2015 – 2020“.*

*Die Strategie enthielt 7 Forderungen, an deren Umsetzung konkret gearbeitet werden sollte. Wichtige Instrumente bei der Umsetzung sind die Sprachencharta und Rahmenkonvention des Europarates und der damit zusammenhängende regelmäßige Monitoringprozess bei dem ausstehende Probleme angesprochen und Lösungsvorschläge vorgelegt werden können.*

*Das hier vorliegende Papier ist von der Sprachpolitischen Arbeitsgruppe des BDN vorbereitet worden und enthält eine Aktualisierung der sprachpolitischen Forderungen mit Bezug auf die deutsche Minderheit.*

### Stand der Dinge sprachpolitische Forderungen von 2015

Folgende drei Forderungen sind erfüllt:

- **Produktion einer Broschüre über die Möglichkeit der Vorlage von relevanten Dokumenten auf Deutsch gegenüber der öffentlichen Verwaltung und den Gerichten.**  
*Gelöst durch Notat von Ellen Trane Nørby (Kort notat om anvendelse af tysk i kontakt med og af offentlige myndigheder, jf. Europarådets rammekonvention og sprogpagt, 2015). Siehe auch [www.nordschleswig.dk/sprache](http://www.nordschleswig.dk/sprache).*
- **Aufstellung eines Autobahnhinweisschildes „Knivsbjerg/Knivsberg“**  
*Nach einem fast 10-jährigen politischen und verwaltungsmäßigen Prozess stehen seit Ende 2017 zwei Schilder (eines Richtung Norden und eines Richtung Süden) an der Autobahn. Mit den Schildern wird der wichtigste kulturhistorische Ort der deutschen Minderheit mit einem deutsch-dänischen Hinweisschild gewürdigt.*
- **Erstellen einer Sprachstrategie für regionale Krankenhäuser.**  
*Sygehus Sønderjylland hat auf der Homepage folgende Informationen veröffentlicht: Dänemark hat sich dem Pakt der Regional- und Minderheitssprachen in Europa angeschlossen. Gehören Sie der deutschen Minderheit in Südjütland an, ist es möglich, mit dem Krankenhaus auf Deutsch zu kommunizieren, wenn Sie den Wunsch äußern und wenn sich dies mit Zumutbarkeit machen lässt.*

Die übrigen sprachpolitischen Forderungen sind nicht oder nur teilweise umgesetzt worden und sind deshalb Teil des folgenden, aktualisierten Forderungskataloges, das gilt für:

- Benennung von deutschsprachigen Ansprechpartnern in den Kommunen
- Erstellen einer Sprachstrategie für kommunale Pflegeheime.
- Regelmäßige deutschsprachige Sendungen im öffentlich-rechtlichen Radio und Fernsehen.
- Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln.
- Förderung der Deutschen Museen.

## **Sprachpolitischer Forderungskatalog 2019-2022**

### **Benennung von deutschsprachigen Ansprechpartnern in den Kommunen**

Für viele Zuzügler aus Deutschland sind die dänischen Regeln, beispielsweise im Bereich Steuer- und Sozialgesetzgebung schwer verständlich. Dass vieles über das Internet (auf Dänisch) läuft, ist ebenfalls nicht hilfreich. Es ist deshalb wichtig, dass jede der vier Kommunen deutschsprachige Ansprechpartner benennt, die als Anlaufstelle bei Fragen und Problemen genutzt werden können. Es sollen keine Experten sein, sondern Generalisten, die sagen können, wer wo helfen kann. Diese Mitarbeiter gibt es in allen Kommunen. Sie sind oftmals in der Abteilung für Bürgerservice beschäftigt. Informationen über die Ansprechpartner sollten unter anderem auf der Homepage der Kommune veröffentlicht werden.

**Stand der Dinge:** Unverständlicherweise ist die Forderung bisher nur für die Kommune Apenrade gelöst worden. Für Hadersleben ist die Forderung von der SP im politischen Arbeitspapier der Mehrheitsgruppe vereinbart worden.

**Vorgehensweise:** Koordiniertes Vorgehen von BDN und SP Stadtratsmitgliedern.

### **Erstellen einer Sprachstrategie für kommunale Pflegeheime (siehe auch Lösung Krankenhäuser)**

Ältere und/oder kranke Menschen bedürfen oft besonderer Zuwendung. Dabei kann es für viele ein Vorteil sein, in ihrer Muttersprache verstanden zu werden. Deshalb ist es wichtig, dass kommunale Pflegeheime eine Sprachstrategie haben.

**Stand der Dinge:** Die Forderung konnte bisher nicht umgesetzt werden, obwohl es sich für die Pflegeheime nur um die Erstellung einer Strategie im Sinne von „Falls es bei älteren Personen Bedarf für deutschsprachiges Pflegepersonal gibt, wird die Verwaltung ihr bestes Tun um diesen Bedarf zu decken.“

Dänemark hat sich in der Sprachencharta (Artikel 13, 2 c) verpflichtet: *sicherzustellen, dass soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser, Altersheime und Heime die Möglichkeit bieten, Sprecher einer Regional- oder Minderheitensprache, die aufgrund von Krankheit, Alter oder aus anderen Gründen der Betreuung bedürfen, in deren eigener Sprache aufzunehmen und zu behandeln.*

**Vorgehensweise:** Forderung im Kontaktausschuss stellen, dass das Gesundheitsministerium ein entsprechendes Schreiben an die Kommunen schickt.

### **Regelmäßige deutschsprachige Sendungen im öffentlich-rechtlichen Radio und Fernsehen & Förderung der Deutschen Museen**

Statt dieser folgende Forderung:

## **NEU: Finanzielle Unterstützung für die Produktion von Videos und die Verbreitung von aktuellen Informationen über die deutsche Minderheit in Dänisch und Deutsch**

**Stand der Dinge:** Der Punkt betrifft die von der Regierung übernommene Verpflichtung der Sprachencharta, der deutschen Minderheit einen Radio- und Fernsehsender zur Verfügung zu stellen sowie die Verpflichtung über die deutsche Minderheit zu informieren.

Da der BDN auch nach vielen Gesprächen mit DR einer Umsetzung der Forderung nach deutschsprachigen Sendungen nicht näher gekommen ist, beruft sich die Minderheit auf die ursprünglichen Verpflichtungen des dänischen Staates laut Sprachencharta.

Statt eines Fernseh- und Radiosenders ist die Bereitstellung von Mitteln für die Produktion von Videos und die Verbreitung von aktuellen Informationen über die deutsche Minderheit in Dänisch und Deutsch für alle die günstigste Vorgehensweise. Durch eine

**Forderung:** Bereitstellung von jährlich (ab 2022) 2,5 Mio. DKK via *Finansloven* für die Produktion von Videos und die Verbreitung von aktuellen Informationen über die deutsche Minderheit in Dänisch und Deutsch. Hierdurch könnten ebenfalls der bisherige Zuschuss für die Produktion und Ausstrahlung deutschsprachiger Radiosendungen sowie die Förderung des deutschen Museums abgedeckt werden.

**Vorgehensweise:** *Der Nordschleswiger* erhält bis einschließlich 2021 über das dänische Kulturministerium jährliche Zuschüsse in Höhe von 2,3 Mio. DKK. Diese könnten ab 2021 in einen festen, jährlichen Zuschuss für den BDN umgewandelt werden.

Die Forderung sollte kontinuierlich über den Kontaktausschuss und das Kopenhagener Sekretariat vorgebracht werden.

### **Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln**

Seit 2008 stehen in Flensburg zweisprachige Ortstafeln „Flensburg/Flensborg“. Sie sind ein Hinweis darauf, dass es in Flensburg eine dänische Minderheit gibt und zeugen von Toleranz und Offenheit. Entsprechende Ortstafeln gibt es in ganz Europa - nur nicht in Dänemark. Weitere Argumente für die Schilder sind: Alleinstellungsmerkmal, Tourismusförderung und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland.

Kurzfristiges Ziel muss die Aufstellung dieser Ortstafeln für die jeweils größte Stadt der Kommune, d.h. für Apenrade, Hadersleben, Sonderburg und Tondern sein. Langfristiges Ziel sind zweisprachige Ortstafeln dort, wo es deutsche Einrichtungen gibt.

**Stand der Dinge:** Trotz laufender Erneuerung der Forderung in vielen Gesprächen scheint eine Umsetzung nicht näher gekommen zu sein.

**Vorgehensweise:** Der Beschluss zur Aufstellung der Schilder sollte möglichst im Stadtrat mit einer breiten Mehrheit getroffen werden und gerne auf Initiative der Mehrheitsbevölkerung. Hierfür sollten sich die SP Stadtratsmitglieder strategisch und taktisch einsetzen. Hierbei ist auch die Bewerbung um die Anerkennung als immaterielles UNESCO Kulturerbe ein wichtiges Argument.

Die Forderung wird unterstützt durch eine entsprechende vom BDN gewünschte Nachmeldung bei der Sprachencharta.

Sollten sich bis Ende 2021 – also nach der Konstituierung nach den Kommunalwahlen – keine erfolgversprechenden Initiativen abzeichnen, sollte der BDN überlegen, die Umsetzung auf gesetzlichen Wege zu erreichen.

## **NEU: Deutsche Sprache & digitale Lösungen**

Dänemark gehört zu den führenden Ländern, wenn es um digitale Lösungen für die Kommunikation zwischen öffentlicher Verwaltung und Bürger geht. Das ist ein sinnvoller Weg zur Effektivierung. Allerdings werden diese Lösungen oft nur in Dänisch und/oder Englisch angeboten. Beispiele hierfür sind: *borger.dk* (Portal für den öffentlichen Sektor) sowie *rejsekortet* (Zahlkarte für ÖPNV). Dahingegen ist *skat.dk* ein gutes Beispiel für sinnvollen Einsatz der deutschen Sprache.

Bei diesen Lösungen gelten im Prinzip auch die jetzigen Vorschriften der Sprachencharta. Das gilt aber dann nicht, wenn digitale Lösungen von Privatunternehmen angeboten werden. Beispiele dafür sind *Nem ID* (digitale Signatur) und *MobilePay* (Bezahlung via Mobiltelefon).

**Forderung:** Der dänische Staat muss zentrale, digitale Lösungen für die Kommunikation mit dem Bürger auch in deutscher Sprache anbieten. Das gilt auch, wenn diese über Privatunternehmen angeboten werden. Diese Forderung ist mit den eingegangenen Verpflichtungen Dänemarks verbunden. Eine Umsetzung wäre aber natürlich auch für andere deutschsprachige Zuzügler ein Gewinn.

Die Forderung wird unterstützt durch bereits ratifizierte Verpflichtungen Dänemarks in der Sprachencharta sowie eine entsprechende vom BDN gewünschte Nachmeldung bei der Sprachencharta.

**Vorgehensweise:** Die Expertenkommission muss durch den BDN auf diese Herausforderungen angesprochen werden und konkrete Lösungsvorschläge ausgearbeitet werden.

## **NEU: „Frivillighedscenter“ – Unterstützung des Sozialdienstes**

Der Sozialdienst Nordschleswig hat von 2012 jährlich einen Zuschuss für die soziale Arbeit als sogenanntes „Frivillighedscenter“ bekommen. Für und ab 2018 wurde der Zuschuss überraschend gestrichen. In der Begründung<sup>1</sup> für die fehlende Anerkennung als „Frivillighedscenter“ wird unter anderem darauf hingewiesen, dass die Beratung des Sozialdienstes sich allein an die deutsche Minderheit richtet und dies auf Deutsch geschieht.

Diese Begründung widerspricht allen Verpflichtungen die Dänemark gegenüber der deutschen Minderheit eingegangen ist. Dies hat der BDN am 19. März 2019 in einem Schreiben an die Vorsitzende des Kontaktausschusses unterstrichen.

**Forderung:** Der dänische Staat muss Mittel für die Unterstützung der sozialen Arbeit in Höhe von jährlich 350.000 DKK zur Verfügung stellen. Dies gilt für die Jahre ab 2018.

**Vorgehensweise:** In Verbindung mit dem kommenden Monitoringprozess wird dieser ernste Verstoß gegen die Sprachencharta deutlich artikuliert werden. Darüber hinaus wird dies bei Gesprächen mit Politikern und im Kontaktausschuss thematisiert werden.

---

<sup>1</sup> *“Det er Socialstyrelsens vurdering, at foreningen alene retter sig mod det tyske mindretal og endvidere, at formidling og aktiviteter sker på det tyske sprog. Det er derfor Socialstyrelsens vurdering, at foreningen ikke opfylder ansøgningspuljens krav om at rette sig bredt mod alle borgere, som har gavn af frivilligt socialt arbejde eller ønsker at engagere sig i frivilligt socialt arbejde.”*